

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgen- und Montag als Abendausgabe mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42,- M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 76,- M., für das übrige Ausland 94,- M.

Die abgehaltene Kompartiments- oder deren Raum kostet 18,- M., einschließlich Interzessionen. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Interzessionen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90-152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

U.S.P.-Antrag für die Sachwertfassung Leitsätze einer allgemeinen Finanzreform

Die Reichstagsfraktion der U.S.P. hat im Reichstage einen Antrag zur Sachwertfassung eingebracht. Vor Eintritt in die Tagesordnung begründete in der gestrigen Reichstagssitzung Genosse Crispian die Dringlichkeit des Antrages, die ohne Widerspruch beschlossen wurde, so daß der Antrag mit zur Debatte gestellt wurde.

Der Antrag lehnt sich in seinen Grundzügen an den gemeinsamen Kommissionseurwurf der U.S.P. und S.P.D. sowie des A.D.B. und der A.S.a. an. Da die rechtssozialistische Partei aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionsbrüder es abgelehnt hat, den gemeinsamen Entwurf mit uns zusammen im Reichstage einzubringen, hat unsere Fraktion ihn selbständig in veränderter Form eingebracht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen: dem Reichstag schnellstens den Plan für eine allgemeine Finanzreform auf Grund der nachstehenden Leitsätze, in deren Mittelpunkt die Erfassung der Sachwerte gestellt ist, vorzulegen:

I. Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 8. April 1922 der Körperschaftsteuer unterliegen, haben bis 31. Dezember 1922 ihre Kapitalanteile um ein Drittel zu erhöhen und dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der vierte Teil an das Reich zu übertragen.

Das Reich nimmt im Verhältnis seines Besitzes an allen aus der Weschgebung oder den Gesellschaftsungen sich ergebenden Rechten teil.

II. Allen Unternehmungen im Gewerbe, Handel und Verkehr, die mehr als 100 Personen beschäftigen oder ein Anlagekapital von mehr als 1 Million Mark haben, oder falls das Anlagekapital unter 1 Million Mark bleibt, ein Betriebskapital von mehr als 1 Million Mark haben, ist durch Reichsgesetz die Pflicht zur Körperschaftsbildung aufzuerlegen. Für die durch ein solches Gesetz betroffenen Unternehmungen ist die Ueberführung in die Körperschaftsform zu erleichtern.

III. Gewerbliche Betriebe, bei denen die kaufmännischen Voraussetzungen der Feststellungen unter II fehlen, da sie bisher der Pflicht zur ordentlichen Buchführung und einer Registrierpflicht nicht unterworfen waren, sind künftig zur handelsgerichtlichen Eintragung verpflichtet. Für alle kaufmännischen, gewerblichen und Verkehrsbetriebe werden vom Finanzministerium einheitliche Richtlinien für die Buchführung herausgegeben.

IV. Auf jedes inländische, nicht durch I bis III erfasste Grundvermögen, sofern es eine festzusetzende Höhe übersteigt, wird zugunsten des Reichs an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Wertes eingetragen.

Die Fälle mehrfachen Grundbesitzes, deren Einzelwert die Dreigrenze nicht erreicht, hat das Gesetz zu regeln.

V. Jeder abgabepflichtige Eigentümer inländischen Grundvermögens hat den Wert dieses Vermögens selbst einzuschätzen und dem zuständigen Finanzamt bis zum 31. Dezember 1922 anzugeben.

VI. Der Zinsfuß der Grundschuld wird alljährlich festgesetzt. Für das Jahr 1922 beträgt er 5 Prozent. Für die späteren Jahre wird er jeweils vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz bestimmt.

VII. Das Reich ist bis zum 31. Dezember 1922 berechtigt, inländische unbewegliche Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich eines Aufschlags von 20 Prozent zu übernehmen. Uebrigens hat das Reich dieses Recht nicht bis zum 31. Dezember 1922 aus, so hat es vor Ausübung dieses Rechts dem Abgabepflichtigen von dieser Absicht Kenntnis zu geben und ihm anheimzustellen, binnen vier Wochen seine Einschätzung um mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Nimmt der Abgabepflichtige die Erhöhung nicht vor, so hat das Reich das Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich 20 Prozent zu übernehmen. Nimmt jedoch der Abgabepflichtige die Erhöhung vor, so wird zugunsten des Reichs eine weitere Grundschuld in Höhe eines Viertels des Mehrbetrags eingetragen. Die neue Schätzung hat dann für das Uebernahmerecht des Reichs die gleiche Bedeutung, wie wenn sie bis zum 31. Dezember 1922 abgegeben worden wäre.

VIII. Abgabefrei sind:

1. die Länder;

2. die Gemeinden und Gemeindeverbände aller Art;
3. öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist;
4. die Anstalten der reichsgerichtlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Angestellte;
5. Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterhaltungsklassen und Rassen ähnlicher Art;
6. Universitäten, Hochschulen und ähnliche Anstalten und Gesellschaften;
7. Stiftungen, Anstalten, Rassen oder Personenvereinigungen, soweit sie ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen;
8. politische Parteien und Vereine.

IX. Durch besondere Gesetze sind die nach den vorstehenden Vorschriften nicht erfassten Vermögen mit einer Prozentsatzigen Vermögensabgabe heranzuziehen. Diese Gesetze müssen eine der Leistungsfähigkeit entsprechende und der sozialen Gerechtigkeit Genüge leistende Gleichmäßigkeit der Besteuerung jeder Art gewährleisten.

X. Das gegenwärtige, sozialen Ansprüchen nicht genügende Erbrecht ist dahin zu ändern:

1. daß das Erbrecht der Verwandten der dritten und folgenden Ordnungen aufgehoben wird,
2. daß der Reichsfiskus gesetzliche Erbe wird, wenn zur Zeit des Erbfalles weder ein erbfähiger Verwandter noch ein Ehegatte vorhanden ist.

Dieses gesetzliche Erbrecht des Fiskus darf weder durch Testament (§§ 1907 bis 1940) noch durch Erbvertrag (§ 1941) angedeihen oder beeinträchtigt werden. Vermächtnisse oder Auflagen zugunsten gemeinnütziger, wohltätiger, kultureller und religiöser Zwecke sind zulässig, dürfen aber in ihrer Gesamtheit ein Viertel des Nachlasses und 100 000 Goldmark nicht übersteigen.

3. Daß auch beim Vorhandensein von Erben der ersten und zweiten Ordnung oder eines Ehegatten des Fiskus, soweit der Erbansfall des einzelnen berufenen Erben 100 000 Goldmark übersteigen würde, einen Erbanspruch auf den Wert des Uebersehusses hat. Der betroffene Erbe kann verlangen, daß an Stelle der Herauszahlung des Uebersehusses der Fiskus für einen Anspruch durch Einräumung eines entsprechenden Miteigentums an dem dem Erben zufallenden Nachlass oder Nachlassanteil befriedigt wird.

Wir sind überzeugt, daß auch die rechtssozialistischen Arbeiter diesem Antrag zustimmen werden, der endlich für die Frage der Sachwertfassung gesetzliche Richtlinien gibt. Da der Gewerkschaftskongress in Leipzig einstimmig in einer Resolution sich für die Sachwertfassung erklärt hat, werden auch die 7 1/2 Millionen freigerwerbschaftlicher Arbeiter hinter unserem Antrage stehen. Das Schicksal des Antrages im Reichstage wird symptomatisch sein für die Bereitwilligkeit der Volkvertretung, die Lasten des verlorenen Krieges endlich zum Teil wenigstens den Besitzenden aufzuerlegen.

Unsere Genossen im Lande aber rufen wir auf, überall in den Massenversammlungen, die sie jetzt gegen den Brotwucher und die reaktionären Putschpläne veranstaltet werden, auch unseren Antrag zur Sachwertfassung zu erörtern. Nur der Massendruck von außen wird das Parlament vorwärts treiben!

Gewerkschaftskongress und Schlichtungsordnung

Leipzig, 22. Juni. (Eigenbericht.)

Der Gewerkschaftskongress lehnte heute mit allen Stimmen der rechtssozialistischen Delegierten (4 Mehrheit) einen Antrag der U.S.P.-Fraktion ab, wonach mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden soll, daß die Zwangsschlichtungsordnung Gesetz werde. Damit dürfte aufs neue der Beweis erbracht sein, daß die rechtssozialistischen Delegierten in Leipzig vollkommen unter dem Diktat der rechtssozialistischen Koalitionspolitiker stehen und die Gewerkschaftspolitik parteipolitisch festlegen.

Die Verschandelung der Zwangsanleihe

Waren es am Dienstag die Herren Helfferich, Becker-Hessen und Hergt, die am eifrigsten bestrebt waren, aus der Zwangsanleihe statt eines „Westsopfers“ eine Entlastung des Besitzes zu machen, so durften am Mittwoch der „Demokrat“ Dornburg und der Zentrumsmagariier Herold nicht zurückbleiben. Scheinheilig erklärten die Herrschaften, daß sie angeblich keinen Schritt vom Steuerkompromiß zurückweichen, aber auch keinen Schritt weitergehen möchten. Das war Sand in die Augen.

Im Mantelgesetz über Änderungen im Finanzwesen ist ausdrücklich von dem Gegenwert einer Goldmilliarde die Rede, und die rechtssozialistische Presse wurde nicht müde, ihren Lesern zu erzählen, daß die Goldmilliarde ihr Erfolg und ein tatsächlich sichtbares „Opfer des Westes“ sei.

Wir sind diesem naiven Glauben schon damals entgegengetreten und haben immer wieder erklärt, daß von einem tatsächlichen Westopfer nicht gesprochen werden könne und die Zwangsanleihe einen Ersatz für die Erfassung der Gold- und Sachwerte nicht darstelle. Heute will von allen bürgerlichen Parteien kein Mensch mehr von einer Goldmilliarde geredet wissen, sondern man bezeichnet die Aufbringung von 60 Papiermilliarden schon als ein weitgehendes Entgegenkommen.

Der Reichsfinanzminister Hermalz erklärte ziemlich lendenlamm, daß der Regierungsentwurf über die Zwangsanleihe auf den Beschlüssen des Mantelgesetzes basiere, eine Änderung des Erbschaftsteuergesetzes erachte er gleichfalls für notwendig, doch esse die Sache keineswegs und dürfte denn nicht nur eine Änderung des Tarifs, sondern auch eine technische Vereinfachung notwendig sein. Nachdem der Rechtsvereinfachung notwendig sein.

Nachdem der Rechtssozialist Hartkeiß an Beispielen nachgewiesen hatte, daß Industrie, Handel und Banken schon längst stille Reserven geschaffen haben, aus denen die Zwangsanleihe bestritten werden solle, wurden diese Nachweise von unserm Genossen Soldmann wirkungsvoll ergänzt. Er behandelte das Kapitel der Steuerdefraudationen und der Bilanzaufstellungen, wobei er besonders auf die Bilanz der Drenstein und Koppel-A.-G. hinwies, die 320 Millionen Bankguthaben ausweist, von denen 250 Millionen aus Erbrüngen des Betriebs entstammen.

Das Abweichen von der Goldmilliarde bezeichnete unser Genosse Soldmann als direkte Sabotage und wies gleichzeitig nach, daß bei deren Umwandlung in den fixierten Betrag von 60 Papiermilliarden die Besitzenden das größte Interesse an weiterer Geldentwertung hätten, was aber andererseits den chronischen Hungerzustand für die Arbeiterklasse bedeute, in der heute schon Hunderttausende in Unterernährung dahinsiechen, während Schlemmerei und Prafferei immer üppigere Formen annehmen. Der Erbschaftsteuerverschlechterung nach den Plänen der Deutschnationalen und der Volkspartei würde man den schärfsten Widerstand entgegensetzen, soweit es sich nicht um kleine Erbschaften bei den nächsten Verwandtschaftsgraden handele. Entschieden bestritt Soldmann die Auffassung des Ministers Hermalz, daß die Geldentwertung bei der letzten Abänderung der Einkommensteuer berücksichtigt worden sei. Gerade in den letzten Monaten habe eine bis jetzt nie dagewesene Verschlechterung der Kaufkraft der Mark und eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten stattgefunden. Ueber den vom Minister ausgesprochenen außenpolitischen Bedenken tränden die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse, die zum Teil nur mehr vegetiert, aber nicht mehr menschenwürdig leben kann.

Die Donnerstagssitzung des Steueraususses brachte den bürgerlichen Steueraboteuren bereits einen ausschlaggebenden Erfolg. Deutschnationale, Volksparteiler, Demokraten und Zentrum setzten bei § 1 des Gesetzes durch, daß die Goldmilliarde beseitigt und an dessen Stelle 60 Papiermilliarden gesetzt wurden. Von den Rechtssozialisten traten Rohmann und Bernstein, von unabhängiger Seite die Genossen Soldmann und Kurt Meyer dieser Verschlechterung entgegen. Letzterer betonte, daß diese Umformung ein Geschenk an die Besitzenden in Höhe von 15 Milliarden Mark bedeute, da bei dem heutigen Stand der Papiermark der Gegenwert einer Goldmilliarde bereits 75 Milliarden in Papiermark aus-

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. ... dem Reichstag über die Verweigerung anderer Anträge, dem Reichstag über die Verweigerung anderer Anträge, dem Reichstag über die Verweigerung anderer Anträge...

Fortsetzung der Debatte über die Reparationspolitik

Abg. Stämpfer (SPD): Im Rheinland wollen sich Leute hinter die hohe Kommission hecken, wenn die Entscheidung des Reichstags über die Verweigerung anderer Anträge...

Abg. Gothein (Dem.): Alle Verträge bedeuten eine schwere Belastung des ganzen deutschen Volkes, aber Abg. Levi proklamiert die Drückerei des deutschen Proletariats...

Abg. Breitscheid (USP):

Auch wir bedauern aufs lebhafteste die Uebergriffe durch französische und sonstige Besatzungsbehörden, wir gehen weiter und bedauern die Tatsache, daß diese Besatzung besteht. Wir halten sie nicht nur für überflüssig, sondern vom Standpunkt des europäischen Friedens aus für außerordentlich bedenklich...

Wir protestieren gegen die Verhöhung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die sich auch darin offenbart, daß der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen jede Möglichkeit genommen ist, mit dem deutschen Volke irgendwie zusammenzukommen...

Die Deutschnationalen haben die Erfüllungspolitik abgelehnt. Sie haben niemals positive Vorschläge gemacht, sie haben nur: „Nein, nein!“ gerufen. Morgen wird uns ja Herr Helfferich wieder mit Säbeln von Zahlen überschütten zur Begründung dieser Ablehnung der Erfüllungspolitik...

Das ist ein Beweis für eine abgrundtiefe Heuchelei, im selben Augenblick, wo Sie die Brotversorgung des deutschen Volkes durch die Ablehnung der Verweigerung anderer Anträge...

Wir tragen ja nur die Lasten von dem, was die Träger Ihres Systems verschuldet haben. Hermes hat sich die Antwort auf unsere in der Interpellation gestellten Frage nach der weiteren Steuerpolitik der Regierung leicht gemacht...

in die Regierung einverstanden, daß man jetzt im Steueransatz die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark auf 60 Milliarden Papiermark herabsenken will?

geht, diejenige Klasse, die für das Entstehen des Krieges die Verantwortung trägt, muß auch in erster Linie zu den Lasten aus dem Krieg herangezogen werden. Daß diese Klasse nicht die Arbeiterklasse ist, darüber ist doch wohl Herr Gothein mit uns einer Meinung. Die Arbeiter werden zur Bezahlung direkter Steuern herangezogen, die Möglichkeit der Steuerhinterziehung ist bei ihnen viel geringer als bei den Besitzenden...

Wir haben unseren Antrag auf Erlassung der Sachverhalte auf neue eingebracht, weil wir glauben, nicht anders mit dem Problem des Ausdeichens im Staatshaushalt fertig werden zu können. Von dieser Stelle aus sind vor acht Tagen von französischen bürgerlichen Politikern Worte der Verhöhnung und Verächtlichkeit gesprochen worden...

Nach einer Rede des Abg. Dauch (D. Sp.) vertagt sich der Reichstag auf Freitag 2 Uhr, Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Fortsetzung dieser Debatte über die Reparationsfrage.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni.

Ein Antrag des Hauptausschusses, fünf Millionen Mark für das rote Arena zur Bekämpfung der Hungersnot in Russland zur Verfügung zu stellen, wird ohne Debatte angenommen. Die von den Kommunisten beantragte Besprechung des Antrages wird abgelehnt.

Haushalt des Staatsministeriums

Ministerpräsident Brauns: Das Ausland wird, wenn die Behauptung von der Kleinmündigkeit Deutschlands noch weiter aufgestellt wird, die geschlossene Front der deutschen Bevölkerung gegen sich wenden. ... Die Reichsregierung einzuwirken, daß sie die Schuldfrage zertrümmert...

Abg. Schulz (SPD) polemisiert gegen die nationalstaatliche Einstellung der Brauns'schen Erklärung. Im weiteren Verlauf seiner Rede attackiert der Redner die USP, an, sie die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats sabotiere...

Abg. Dr. Nippel (Dm.) Als den Sozialdemokraten das Wasser an der Kohle hand, konnten sie auch Kriegervereinsreden halten.

Abg. Dr. Schöner (Str.): Die Wahrheit marschiert; Deutschland ist nicht Schuld am Krieg.

Abg. Dr. Preuss (Dem.): Die Einkünfte des preussischen Berufsbeamtenums in die neuen Verhältnisse ist schwer möglich. Aber ein innerer Wandel, eine Anpassung des Berufsbeamtenums an die Republik hat dank der deutschnationalen Kaitation nicht Platz gegriffen...

Abg. Dr. Brodt (Wirtsch. V.): Die Demokratie hat sich in den einzelnen Verwaltungskörperschaften noch nicht recht durchgesetzt.

Ministerpräsident Brauns: Es ist das beste, endlich mit der Vereinfachung des Eisernen Kreuzes anzufangen. Einen Antrag, der die Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes beantragt, bitte ich abzulehnen.

Abg. Heilmann (SPD): Wenn behauptet wird, daß die deutsche Regierung durch Dummheit und tausend Tordritten den Krieg verschuldet hat, dann ist diese Behauptung berechtigt. Die deutschnationale Partei verhält sich mit der Schuldfrage ein Parteilichkeit zu machen...

Abg. Kloss (Str.) fordert Annahme eines Antrages, der die Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes verlangt.

Abg. Franke (USP): Aus der bisherigen Debatte ist mit aller Deutlichkeit hervorgegangen, daß ein Kemterschacher unter den Parteien besteht. Dessen kann nur eine großzügige Verwaltungsreform von unten aus, angefangen in den Gemeinden. Mit personellen Veränderungen ist die bürokratische Reaktion nicht zu beseitigen...

Arbeiterkraft. Die Folgen sollen auf Kosten der Arbeiter weggemacht werden. Schändlich ist die Ausnutzung dieser Abtrennung durch die Nationalisten, deren verderbliche Politik diese Zustände herbeigeführt hat. Für das Proletariat kommt nicht nationalstaatlicher Kampf, sondern Klassenkampf in Frage. Möge das oberste Proletariat in seinem Kampf durchglüht sein vom internationalen Geist...

Enttäuschungen für die Kriegsbeschädigten

Der erste Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit einem Gesetzentwurf über Teuerungsausgleiche für die Kriegsoffiziere. Wenn die Rentenempfindlichkeit erwartet haben, daß durch diesen Entwurf endlich eine gründliche Regelung ihrer knappen Bezüge durchgeführt würde, so erleben sie eine bittere Enttäuschung. Der ganze Entwurf ist weiter nichts als eine paragrafenreiche Ministerialverordnung, wie sie in vollständiger Unzureichender Form in den Monaten September, Dezember usw. bereits ergangen ist...

Da die Vorschläge der Regierung gänzlich unzureichend waren, beantragten die Mitglieder der USP, eine generelle Erhöhung der Grundrente um 100 Prozent und außerdem eine Erhöhung der Rentenzuschläge. Diese Anträge wurden von allen bürgerlichen Parteien und der SPD abgelehnt. Wieder die rechtssozialistische Rücksicht auf die Koalitionsbrüder! Angenommen wurde ein Antrag, der wohl eine Verbesserung der Rentenzuschläge bringt, aber diese Verbesserung wird wieder illusorisch gemacht durch die Kürzungen der Paragrafen, welche im Gesetz verankert wurden...

Bei § 10 ist das Spruchverfahren gegen den Widerspruch der Mitglieder der USP ausgeschlossen worden und die Versorgungsberechtigten sind auf den Reichswerden bei der Fürsorge- und Danntfürsorgestelle verwiesen.

Um „auszuproben“ Enttäuschungen der Versorgungsberechtigten zu vermeiden, wurde als Verabstimmungsschritt folgende Entschliessung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, durch eine Ausführungsbestimmung zum Darlehenparagrafen § 8) allgemein anzuordnen, daß auch Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 vom Hundert beziehen (Kriegsbeschädigte) und erwerbsfähige Witwen die Teuerungsausgleiche erhalten, wenn sie trotz elacnen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können und ihr Einkommen neben der Rente die im § 4 genannten Einkommensgrenzen nicht übersteigt.

Die Vertreter der USP, lebten es ab, sich an dieser Komodie zu beteiligen, die nur das schändliche Verlangen der Parteien rechts von uns in der Kriegsbeschädigtenfürsorge verdecken soll.

Eine peinliche Namensverwechslung

Nicht Bankier Simon, sondern Konsul Simon

In dem kürzlich erschienenen Buche des Rechtssozialisten Anton Fischer, „Die Revolutionärskommandantur Berlin“ wird auf den Seiten 8 bis 16 berichtet über die Bildung der Freiwilligenkorps in den Novembertagen 1918. Gleichzeitig werden dort auch die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten und deren Lösung durch bürgerliche Geldgeber geschildert. Dabei wird unter anderem gesagt: „Anfangs Dezember erschien Herr Simon auf der Kommandantur und bot größere Gelder an.“ Dieser Satz hat dazu geführt, daß in politischen Kreisen die Auffassung entstanden ist, es handle sich bei diesem „Herrn Simon“ um unsern Parteigenossen, Bankier Hugo Simon, der im November-Dezember 1918 unabhängiger preussischer Finanzminister war. Wenn auch die eingeweihten Parteigenossen wissen, daß diese Auffassung falsch ist, so kommen doch immer wieder Anfragen an uns, wie es möglich sei, daß ein unabhängiger Minister damals die Freiwilligenkorps mit finanziert habe...

Bei dem Kentern des Dampfers „Kvar“ haben 37 Menschen ihr Leben verloren. 12 Leiden sind geborgen, die anderen 25, die größtenteils der brasilianischen Mannschaft angehören, konnten noch nicht geborgen werden.

Advertisement for 'Zusammenwachsen' (Growing Together) medicine, featuring a logo with a figure and text: 'Hornhaut, Schwielen u. Warzen', 'besitzt schnell sicher u. schmerzlos', 'in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich', 'Gegen Fußschweiß und Wundlausen Kukurul-Fußbad'.

Jahkaufener

bei
Eduard

Auszug Weizen Roggen
Mehl $\frac{12}{11}{8}^{50}$
Auszug Mehl
Spezial-Packung
zu 2. 5 u. 10 Pfd.
Prima Landbrot auf $\frac{1}{16}$ Marken M. 16

Eigene
Dampfmühle
Bäckerei
und
Kaffee-
Rösterei
Centrale
Brunnenstr. 129/30

Margarine
von Mk. 34 an
Sonderangebot
Kaffee $\frac{95}{95}$
sehr fein!



Goldadler

Stein's Kleider-Tage

**Beginn
Freitag**
den 23. VI. 22

Mit diesem sensationell billigen Angebot geben wir Ihnen einen neuen schlagenden Beweis dafür, daß wir auf Grund großzügiger eigener Fabrikation ganz besonders leistungsfähig sind.

Was wir leisten, zeigen wir an vielen Beispielen
in zehn Schaufenstern

**Schluss
Sonnabend**
den 1. VII. 22

Fenster 1

Dirndlkleider in schönen Mustern, mit Samtband und Spitze garniert **nur 158⁰⁰**

Fenster 2

Dirndlkleider in aparten Mustern, kariert, groß und klein gebümt, mit Samtband und Spitze, extra weit **nur 228⁰⁰**

Fenster 3

Leinenkleider in lebhaften Farben, mit Knopfgarnitur, Gürtel und Ärmel andersfarbig und gesteppt **nur 298⁰⁰**

Fenster 4

Musselinekleider in gepunkteten, gestreiften und gebümteten Mustern, offen und geschlossen zu tragen sowie Jumperform, hell und dunkel **nur 348⁰⁰**

Fenster 5

Frottékleider prima Frotté, weiß, mit schmalen und breiten farbigen Streifen, Jumper- und Gürtelform **nur 398⁰⁰**

Fenster 6

Voilekleider weiß und gemustert, in vielen schönen Ausführungen und besonders großer Auswahl. . . . **nur 498⁰⁰**

Fenster 7

Voilekleider prima Vollvoile in weiß, einfarbig u. gemustert, aparte Ausführungen mit Filetsätzen, Doppelvolants und Hand-Hohlsäumen. **nur 798⁰⁰**

Fenster 8

Nachm.-Kleider in Vollvoile, Wolltrikot, Seide u. Cheviot, durchweg besonders gut und geschmackv. verarbeitet **nur 1078⁰⁰**

Fenster 10

Covercoatmäntel in schönen Ausführg.	695 ⁰⁰	895 ⁰⁰	1095 ⁰⁰
Alpakamäntel mit und ohne Stepperei . . .	645 ⁰⁰	895 ⁰⁰	995 ⁰⁰
Strickjacken reine Wolle . . .	575 ⁰⁰	695 ⁰⁰	795 ⁰⁰
Ueberziehjacken mit u. ohne Ärmel . . .	198 ⁰⁰	275 ⁰⁰	375 ⁰⁰

Fenster 9

Modellkleider in Seide, Seidentrikot, Garbadine und Vollvoile, Pa. Stoffe, allerbeste Verarbeitung, neueste Form. **nur 1878⁰⁰**

Fenster 10

Blusen Jumper und andere Formen	69 ⁰⁰	99 ⁰⁰	149 ⁰⁰
Jumper aus Trikot und Wollstoffen	149 ⁰⁰	198 ⁰⁰	298 ⁰⁰
Röcke in vielen Ausführungen	185 ⁰⁰	225 ⁰⁰	275 ⁰⁰
Unterröcke in Wambstoffen, Trikot und Satin	98 ⁰⁰	159 ⁰⁰	198 ⁰⁰

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N 39, Chausseestraße 70-71.

